

(Präsident.)

(A) Wir treten in die Tagesordnung ein.

Den Vortrag aus der Registrate übernimmt Herr Graf zur Lippe.

(Nr. 719.) Antrag zum mündlichen Berichte der zweiten Deputation über Kap. 35 ausschließlich des Tit. 13 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1912/13, Hauptstaatsarchiv betr.

(Nr. 720.) Desgleichen über Tit. 13 von Kap. 35 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1912/13, Neubau eines Dienstgebäudes für das Hauptstaatsarchiv in Dresden-Neustadt usw. betr.

(Nr. 721.) Desgleichen über Kap. 37 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1912/13, Gesetz- und Verordnungsblatt betr.

(Nr. 722.) Desgleichen über Kap. 47 a des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1912/13, Landeskriminalpolizei betr.

(Nr. 723.) Desgleichen über Kap. 48 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1912/13, Polizeidirektion zu Dresden betr.

(Nr. 724.) Desgleichen über Kap. 49 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1912/13, Sonstige Zweige der Sicherheitspolizei betr.

(Nr. 725.) Desgleichen über Kap. 99 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1912/13, Taubstummenanstalten betr., mit Ausnahme des Tit. 7 der Abteilung B.

(Nr. 726.) Desgleichen über Kap. 100 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1912/13, Stiftungsmäßige und privatrechtliche Leistungen der Staatskasse für Kirchen- und Schulzwecke betr.

(Nr. 727.) Antrag zum mündlichen Berichte der dritten Deputation über Kap. 35 bis 37 des Rechenschaftsberichts für 1908/09, Hauptstaatsarchiv, Oberrechnungskammer, Oberverwaltungsgericht und Gesetz- und Verordnungsblatt betr.

(Nr. 728.) Desgleichen über Kap. 38 bis 41 des Rechenschaftsberichts für 1908/09, Geschäftsbereich des Justizministeriums betr.

(Nr. 729.) Desgleichen über Kap. 102 bis 110 a des Rechenschaftsberichts für 1908/09, Ministerium der answärtigen Angelegenheiten usw. betr.

**Präsident:** Sämtliche Gegenstände werden gedruckt und verteilt werden und kommen auf eine Tagesordnung.

Wir kommen zum nächsten Punkte der Tagesordnung. Auf Wunsch der Herren Berichterstatter nehmen wir zunächst Punkt 3 der Tagesordnung: Antrag zum mündlichen Berichte der zweiten Deputation über Kap. 96 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1912/13, Volksschulen, und über den Antrag des Abgeordneten Dr. Schanz und Genossen, erhöhte Unterstützungen der Schulgemeinden betreffend. (Druckache Nr. 95.)

(S. M. II. R. 2. Bd. Nr. 33 S. 1138 C.)

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Vizepräsident (C) Geh. Rat Oberbürgermeister Dr. Ventler

Berichterstatter Vizepräsident Oberbürgermeister Geh. Rat Dr. Ventler: Meine hochgeehrten Herren! Ihre Deputation hat die Ehre, Ihnen über das Kapitel, welches die Volksschulen im Lande betrifft, Bericht zu erstatten. Ich werde mich dabei enthalten, über die gegenwärtig schwebende Frage der Neuordnung des Volksschulwesens zu sprechen, vielmehr mich ausschließlich mit dem Etat beschäftigen.

Die Einnahmen sind um 700 M. höher eingestellt. Diese Höhereinstellung ist in der Erläuterungsspalte hinreichend gerechtfertigt.

Die Ausgaben bei Kap. 96 übersteigen die der Voretatperiode um 1 079 676 M. Sie sind im allgemeinen in der Erläuterungsspalte hinreichend gerechtfertigt, und ich darf mir nur erlauben, auf einige wenige Punkte hinzuweisen.

Die 1000 M., welche unter Tit. 12 mehr eingestellt sind für die Unterhaltung der Turnlehrerbildungsanstalt, für Förderung des Turn- und Zeichenunterrichts, sind in der Erläuterungsspalte gerechtfertigt und werden der Genehmigung empfohlen.

Es sind ferner 164 000 M. mehr eingestellt bei Tit. 16. Dieser Tit. 16 unterliegt nicht mehr der Kognition und dem freien Ermessen des Ministeriums und der Stände, sondern die Zahlungen sind nach Maßgabe des Gesetzes vom 26. April 1892 zu leisten. Ihre Steigerung ist begründet durch die Steigerung der Lehrerzahl.

Dagegen liegt es in dem Ermessen des Königl. Ministeriums und der Stände, ob sie die bei Tit. 19 geforderten Mehrausgaben von 140 000 M. bewilligen wollen. Hier handelt es sich um Beihilfen, die nur an bedürftige Schulgemeinden auf deren Ansuchen nach Prüfung ihrer Verhältnisse durch freie Entschließung des Königl. Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts gewährt werden. Die Mehreinstellung ist mit den Worten begründet:

„Wesentliche Erhöhung der bisher verfügbaren Mittel macht sich unumgänglich nötig, um den der Unterstützung dringend bedürftigen Gemeinden wirksamere und namentlich auch den gesteigerten Schullasten mehr entsprechende Beihilfen gewähren zu können.“

Ihre Deputation verkennt nicht, daß namentlich in den großen Industrieorten des flachen Landes, die draußen vor den Städten entstanden sind, die Schullasten allmählich eine Höhe erreicht haben, die mit der Steuerkraft der betreffenden Bevölkerung in einem schreienden Mißverhältnis stehen, und daß es notwendig ist, daß der Staat in solchen Fällen energisch und kräftig eingreift.